

Protokoll

über die Konferenzsitzung des Landtages vom 26. Februar 1945
Beginn vormittags 9 Uhr

Abwesend Präsident Frommelt, für welchen Joh. Beck, Triesenberg
anwesend ist.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und nach
Anbringung einer Berichtigung genehmigt.

Den Vorsitz führt Vizepräsident Dr. O. Schädler.

1.) Zuteilung des Einbürgerungsfalles Rücker-Emden.

Es melden sich verschiedene Vertreter der Gemeinden so
Gamprin, Triesenberg, ~~MM~~ Schaan und Mauren.

Die Regierung nimmt diese Wünsche zur Kenntnis und der Landtag
beauftragt die Regierung, die Zuweisung an die bedürftigste Ge-
meinde nach Prüfung der Finanzlage derselben von sich aus vor-
zunehmen.

2.) Subventionierung landwirtschaftlicher Maschinen.

Dr. Vogt nimmt Bezug auf den an den Landtag gerichteten schrift-
lichen Antrag und beantragt, für Motorspritzen und Weilwinden
30 % Subvention und für die anderen im Antrag erwähnten An-
schaffungen 20% Subvention zu gewähren unter der Voraussetzung,
dass die Bedürfnisfrage in der betr. Gemeinde abgeklärt werde,
die Verpflichtung auferlegt wird, dass gewisse Maschinen gemie-
tet werden können und für Arbeiten in der betreffenden Ge-
meinde in erster Linie verpflichtet sind, dass die subventio-
nierten landw. Maschinen innert fünf Jahren/
nicht verkauft werden dürfen, anderen-
falls das entsprechende Betreffnis der Subvention zurückbezahlt
werden muss, dass Motorspritzen dem Lande jederzeit auf Abruf
zur Verfügung zu stehen haben und dass ferner nur neue Ma-
schinen subventioniert werden.

Der Landtag ist mit diesen gemachten Vorschlägen einstimmig
einverstanden.

3.) Landtagswahlen bzw. Abänderung der Verfassung und

Erhöhung der Landtagsmandatszahl.

Dr. Vogt erwähnt, dass verschiedentlich zwischen und in den Par-
teien selbsten Besprechungen ~~angegangen~~

teilen und in denselben stattgefunden hätten und es hätten sich 3 Variationen herausgebildet:

1.) Erhöhung der Zahl von 15 auf 21 und zwar für das Oberland 14 und das Unterland 7,

2.) Erhöhung auf 21 Abgeordnete und zwar für das Oberland 14 und das Unterland 8

3.) überhaupt abstellen auf die Zahl der Stimmberechtigten und zwar auf je 150 Stimmberechtigte je ein Mandat. Diese Lösung hätte den Vorteil, dass sie die klarste wäre, es wäre dies für das Oberland 13 und das Unterland 7 Abgeordnete. In der Fraktion der Union habe man der Variante 3 den Vorzug gegeben.

Reg. Chef: In der Regierung habe man das Bedürfnis gehabt, an die Parteien heranzutreten und zu trachten, eine Verständigung bei den Wahlen herbeizuführen. Es brauche eine friedliche, verständnisvolle und loyale Zusammenarbeit, wenn man die Krise bewältigen wolle. Man habe gefunden, das am leichtesten durch die Erhöhung der Zahl der Abgeordneten zu bewerkstelligen. Es sei möglich, dass man nach diesem Wahlmodus das letzte Mal wähle. Er würde es bedauern, wenn an Kleinigkeiten das grosse Ziel einer friedlichen Wahl scheitern würde. Wenn beide Parteien sich zu einer Lösung entscheiden würden, so werde das Volk mitmachen. Wenn die Zahl der Unterländer Abgeordneten zu sehr beschnitten werde, fürchte er, dass die ganze Sache scheitere.

Kindle: Er sei dafür, dass die Zahl so erhöht werde, dass es auf 150 Stimmberechtigte je einen Abgeordneten triffe. Dazu müsste in der Verfassung die Bestimmung aufgenommen werden, dass das Unterland durch das Oberland nicht majorisiert werden könne.

Bühler Verweist darauf, dass sich verschiedene Berufsgruppen organisiert hätten. Es sei im Interesse des Landes gelegen, dass ein ausgesprochenes Vertrauensverhältnis geschaffen werde. Es komme nicht von ungefähr, dass die Zahl der Abgeordneten früher auf der Basis von 6 zu 9 gewählt worden sei. Es lasse sich historisch nicht aus der Welt schaffen, dass das Land aus 2 Landesteilen bestehe. Er würde am Historischen nicht rütteln. Dass eine Vermehrung der Zahl der Abgeordneten kommen müsse, sei zeitgemäss.

Das Unterland müsse die vorgeschlagene Lösung, wonach es nur einen Abgeordneten mehr bekommen würde, rundweg ablehnen. Das brächten sie im Unterland nicht durch. Er appelliere an die Oberländer, sie möchten dem mindervertretenen unterländischen Landesteil diese "ross-zügigkeit" gewähren und das Historische gelten lassen auf der Basis von 8 zu 13. Er appelliere insbesondere an den Präsidenten, der ein Unterländer sei.

Dr. Schädler dankt für den an ihn gerichteten Appell. Im übrigen sei es ein demokratischer Grundsatz, dass alle Wähler im Lande gleich gewertet sein müssen. In der Regierung habe das Unteland sein gutes Gewicht. Von einer horizontalen Trennung von Oberland und Unterland habe man die letzten Jahre nicht mehr sprechen können. Im Interesse eines rein demokratischen Grundsatzes und der Frage der Gleichbewertung aller Wähler würde die Union gerne sehen, wenn die dritte Variante berücksichtigt würde, also 13 zu 7 Abgeordnete.

Sele: In der Delegiertenversammlung der Arbeiter sei die Stimmung gegen eine Erhöhung der Mandatszahl gewesen. Auch er selber sei persönlich dagegen. Wenn aber erhöht werden sollte, so könne er nur für die die 3. Variante stimmen.

Dr. Schädler Grundsätzlich habe man bei ihnen der Vermehrung zugestimmt aus dem Grunde der friedlichen Zusammenarbeit. Oberländischerseits sei aber darauf hingewiesen worden, dass die Stimmbewertung gleich sein sollte und diese differente Auffassung zwischen Oberländer und Unterländer sollte verschwinden.

Dr. Vogt glaubt, dass sich das Unterland nichts vererbe.

Risch meint, dass man vielleicht die Variante 12 zu 7 als Grundlage nehmen könnte.

Oehri Persönlich sei er ein Gegner und er hätte sich nicht hiezu hergegeben, wenn es nicht vor die Volksabstimmung kommen würde.

Dr. Vogt: Vielleicht könnte man 160 Stimmberechtigte auf einen Abgeordneten als Schlüsselzahl nehmen, das gäbe für das Oberland 12 und für das Unterland 7 Abgeordnete.

Mittagspause, Fortsetzung 3 Uhr.

Dr. Schädler erkundigt sich, wie über die Mittagszeit über diese Frage beraten worden sei.

Kindle: Wenn schon die Verfassung abgeändert werden soll, dann sollte sie auch eine Zeit lang halten. Sie hätten die Zugrundelegung auf der Basis der Stimmberechtigten als das gerechteste empfunden.

Bühler: Wenn es nicht so ernst wäre, würde er den Antrag stellen, beim Alten zu bleiben. Nachdem aber die heutige Sitzung historischen Charakter annehmen werde, da Grundlegendes festgelegt werde, möchte er an je einen einzelnen Abgeordneten appellieren, sich nicht ganz von der inneren Einstellung leiten zu lassen, sondern das schöne Liechtenstein vor Augen zu halten. Man wolle diese Minderheitsgruppe des Unterlandes gelten lassen. Sie hätten nur ein Bittrecht bei der Gegenüberstellung der Zahlen von 8 und 13. Die Zahl 20 finde er als ein Unikum. Man zwinge ihnen den Kampf auf, da eine Richtungsänderung wohl nicht ~~Angesichts der~~ im Interesse des Landes gelegen wäre. Er appelliert nochmals an die Abgeordneten, dieses kleine Opfer den Unterländern gegenüber zu bringen und ihnen 8 Abgeordnete zu geben.

Dr. Schädler: In der Gleichstellung der unterländischen und oberländischen Wähler habe die Union eine Gleichstellung erblickt und es bewege sich auf einer demokratischen Grundlage. Es sei absolut keine Kampfansage, sondern nur ein Ausgleich und eine demokratische Gleichbehandlung. Nach dem Vorschlag von Bühler sei das nicht gewährleistet.

Kindle: Verwehrt sich gegen den Ausdruck Minderheit. Diesen Eindruck habe er nie gehabt. Man habe nichts gegen die Unteländer. Man wolle nicht mehr, als ihnen gehöre.

Dr. Vogt: Als Hauptargument für die Festhaltung an ihrem Vorschlag sei die klare Lösung eingeworfen worden und dass ~~MMMM~~ die Verfassung als Staatsgrundgesetz an Ansehen leide, wenn aus opportunistischen Gründen viel geändert werde. Man habe die Verfassung schon verschiedentlich wegen der Wahlart abgeändert und sie sollte nun eine endgültige und klare Form erhalten. Ihr Vorschlag sei gerecht, klar und einfach und darnach müsse man streben.

Wenn jetzt wieder eine gekünstelte Situation in der Verfassung geschaffen werde, so bestehe bald wieder das Bedürfnis, diese abzuändern. Sie sollte, wenn sie geändert werde, für einen grossen Zeitraum halten. Effektiv werde das Unterland so nicht verkürzt. Wirtschaftlichen Entwicklungsformen könne man nicht entgegen treten und man sollte nicht künstliche Sicherungen in die Verfassung einbauen. Gegen ihren Vorschlag könne nichts eingewendet werden. Man lasse sich auf der Gegenseite von Gefühlen leiten, die auf falscher Basis beruhen. Man sollte einer historischen Entwicklung, die sich anbahnt, das Land als politische Einheit zu betrachten, nicht entgegenarbeiten. Wenn man abstelle auf eine nüchterne und sachliche Überlegung, so könne man nur auf ihre Lösung kommen.

Bühler Es bestehen tatsächlich gewisse Gefühle, die uns veranlassen, zu appellieren, ihnen 8 Mandate zu überlassen. Es sei heute erforderlich, das zu schaffen, was uns über diese schwere Zeit hinwegbringe. Er sehe keine Möglichkeit, im Unterland mit den Zahlen 1 zu 5 zu propagandieren.

Dr. Schädler: Bei ihnen sei die Frage der Chancen der Partei bisher nicht diskutiert worden und im Vordergrund gestanden. Es sei auch das Verlangen nach der Mehrheit nicht vorhanden und sie fänden es für unzeitgemäss, heute einen scharfen Wahlkampf zu führen. Es läge dies auch durchaus nicht im Interesse des Landes. Ein Wahlkampf sei bei ihnen nicht beabsichtigt und auch nicht erwünscht.

Sele Es befremde ihn, dass der Abg. Bühler gesagt habe, man zwinge sie in den Wahlkampf. Er glaube, man habe Kampf genug gehabt.

Schädler Eug. Wenn die Unterländer nur ein Mandat mehr bekommen, dann solle man es beim alten bleiben lassen.

Bühler Bei der Bürgerparlei sei ebenfalls nicht gerechnet worden, aber es stehe jedem einzelnen Abgeordneten frei, darüber zu rechnen. Das sei jedenfalls bei der Union gleichfalls gemacht worden.

Oehri Er habe gefunden, dass man es im Unterland vertreten könnte. Sie seien gestellt wie früher. Er glaube, man sollte sich finden können auf einer Basis.

Kindle: Die Unterländer Abgeordnete dürften ruhig dafür stimmen,

das könnten sie auch verantworten.

Hoop: Er glaube, dass die Situation für die Unterländer viel schlimmer sei nach dem Vorschlag der Union.

Reg. Chef: Der Standpunkt der Union kann nicht widerlegt werden. Er würde es sehr begrüßen, wenn dem Wunsche der Unterländer entsprochen würde. Man sei evtl. von diesem konservativen Elementen im Unterland noch einmal froh eines Tages.

Risch: Er würde den Unterländern 8 Mandate gönnen. Vielleicht könne man sich auf der Basis 12 zu 7 einigen.

Hasler schlägt vor, dass die höheren Persönlichkeiten beider Lager die Sache noch einmal unter sich behandeln und trachten eine für beide Teile befriedigende Lösung zu finden. Sollte eine Einigung möglich sein, würde der Landtag noch diese Woche wieder zusammentreten können, anderenfalls bleibe der status quo bestehen.

Dieser Antrag wird gutgeheissen.

Schluss der Sitzung 5 1/4 Uhr.

=====

Phrauer

Ernst Ebert